

Nach Wahlerfolg von Marine Le Pen gerät Frankreichs Regierung in Zerreißprobe

Durch den jüngsten Erfolg der Rechtspartei „*Front national*“ (FN) ist Frankreichs Regierungslager um Staatschef Nicolas Sarkozy in eine Zerreißprobe geraten. Im ersten Durchgang der Kantonalwahlen, die am vergangenen Sonntag in der Hälfte der Wahlkreise Frankreichs stattfanden, kam die FN auf 14,8 Prozent - fast genauso viel wie Sarkozys UMP (15,2 Prozent).

Allerdings entfielen weitere 20 Prozent auf diverse bürgerliche Kandidaten. Klar in Führung ging die Linksoption mit insgesamt fast 50 Prozent. Die Wahlenthaltung erreichte ein Rekordniveau von 55,7 Prozent.

Wegen ihrer mangelnden lokalen Verankerung konnte die FN nur in einer begrenzten Zahl von Wahlkreisen antreten, zieht man aber nur diese in Betracht, kam sie über 19 Prozent. Dieses höchste Resultat in ihrer Geschichte erzielte die FN obwohl ihre Kandidaten oft vor Ort unbekannt waren. Ausschlaggebend war ausschließlich die Popularität der FN-Chefin Marine Le Pen.

Die 42 jährige Tochter des Parteigründers Jean-Marie Le Pen vermeidet die rechtsten Rülpsen ihres Vaters und führt eine nationalsoziale Kampagne. So beklagt sie den „Zusammenbruch des Sozialstaats“, den „Kaufkraftverlust“ und die „Kriminalitätswelle“, wofür sie die Migration verantwortlich macht. Sie nützt außerdem die rechte Schlagseite von Sarkozy, der selber die Ängste vor dem Islam und der Migration anstachelte. Dem von Sarkozy soeben neu ernannten Innenminister, Claude Guéant, bot Marine Le Pen die Ehrenmitgliedschaft in der FN an. In Anspielung auf die Muslime hatte Guéant erklärt: „Manchmal haben die Franzosen den Eindruck, sie wären in Frankreich nicht mehr bei sich zuhause“.

Nun hat Sarkozy für den zweiten Durchgang der Kantonalwahlen, nächsten Sonntag, zwar jedes Bündnis mit der FN ausgeschlossen, gleichzeitig aber seiner UMP Neutralität zwischen SP und FN verordnet. Premier Francois Fillon betont hingegen: „Bei einem Duell zwischen Sozialisten und FN müssen wir auf unseren Grundwerten bestehen und gegen die FN stimmen.“ Dabei geht es um rund ein fünftel der Kantone, in denen die FN-Kandidaten im zweiten Wahlgang Siegeschancen haben und die bürgerlichen Bewerber bereits abgeschlagen sind. In solchen Fällen wollen fast alle bürgerlichen Zentrumspolitiker, so wie Fillon, zur Stimmabgabe für die Sozialisten aufrufen, um die FN abzuwehren. Im Kreis um Sarkozy befürchtet man hingegen, eine derartige Wahlempfehlung für die

Sozialisten würde die Differenzen zwischen bürgerlicher Regierung und Linksopposition verwischen und dadurch erst recht die FN als einzige, echte Oppositionskraft erscheinen lassen. Marine Le Pen spricht ihrerseits von einer übergreifenden „Systempartei UMPS“. Schließlich dürfte ein Teil der bürgerlichen Abgeordneten insgeheim sogar mit einer Allianz mit der FN liebäugeln.

Für Sarkozy, der bei seinem Wahlsieg 2007 der FN etliche Wähler abgejagt hatte, ist der jetzige Rückfluss von UMP-Stimmen zur FN ein böses Omen. Eine kürzliche Umfrage prophezeite dem bürgerlichen Staatschef, er könnte im ersten Durchgang bei den Präsidentenwahlen im Mai 2012 von Marine Le Pen überrundet werden. Die Stichwahl würde dann zwischen dem SP-Kandidaten und Le Pen ausgetragen werden. Diese Umfrage und das jetzige Wahlergebnis tragen dazu bei, dass immer mehr Persönlichkeiten im bürgerlichen Lager einen anderen Kandidaten als Sarkozy bei der Präsidentenwahl ins Rennen schicken möchten.

DANNY LEDER, PARIS